

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— Mr.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Inserate: Kleine Petzelle 20 Pf.
Bemerkung: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Str. 290.

1918. 11. 11. neq. positiu

75. Jahrgang.

Reichstagssitz.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.

CB. Berlin, 9. Dezember.

Unwillkürlich denkt man an die Reichstagssitzungen von einst — aber doch wohl nur, weil die Herren des Großberliner Soldatenrats sich just diesen schönen Reichstagsaal zum Schauspiel ihrer Arbeit ausgewählt haben. Sonst findet man eigentlich nur Gegenläufe, keine Vergleichsmodelle. Keine Spur von Feierlichkeit, die bis dahin, bis in die Tage der Revolution, dem weiten Raum anhielt, möchte er von einem Väderdurchgang oder von Hunderten von Menschen angefüllt sein. Die drangvolle Fülle der ersten zwei, drei Sitzungen ist allerdings überwunden; man sieht, man kontrolliert die Eingänge stärker als in den Seiten des alten Obrigkeitstaates, man prüft die Papiere und niemand wird hereinlassen, der sich nicht unmittelbar ausweisen kann. Aber wie sie dann den Saal betreten, in Mantel und Mütze zumelst, Zigarre oder Zigarette im Munde, überwiegend jugendliche Gestalten, erhält man den Eindruck, als sollten hier parlamentarische Verhandlungen vor sich gehen, mit denen wir nun einmal den Begriff einer würdevollen Feierlichkeit verbinden. In einer Ecke der Bundesrätskammer, dort, wo sonst immer die Hörer, nicht die Sprecher der einzelstaatlichen Regierungen zu Hause pflegten, wird eine Art von Kleiderablage eingerichtet, man hängt die Mantel auf oder legt sie über die Brüstung, wie es eben gehen will. Ein Kamerad ruft laut und ungeniert einen Namen in den Saal hinein: Der Fernsprecher verlangt nach ihm. Man ruft, man plaudert, auf den Plätzen liegen Drucksachen herum, die bald auch den Fußboden sterben — fügt eine Unbefangenheit hinzu über der Versammlung, die mehr nach alltäglicher Hartnäckigkeit oder nach revolutionärer Erregtheit aus sieht. Auch das akademische Wiesel wird, nach guter deutscher Gewohnheit, reichlich überzählig; so wie aber die allbekannte Wölfe des Präsidenten erücht, tritt augenfällig Ruhe ein.

Auch der Mann, der den Präsidentenstuhl dort oben ziert, sieht noch in jugendlichem Alter. Es ist nicht der bisherige Vorsitzende; der hat man das letzte Mal in den Vollsitzrat befördert, also muss ein Nachfolger für ihn gewählt werden. Ein Vorschlag wird gemacht, und man hat in dem Präsidium offenbar den Wunsch, die Sache ohne viel Gerede abzutun. Aber da braucht es schon auf in der Versammlung. „Gegenvorschlag! Debakel!“ wird gerufen. Gut, der Präsident lenkt ein. Aber der Mann, der für das Präsidium in Aussicht genommen ist, springt auf die Rednertribüne und führt sich mit einer gehörigen Standpauke an die Kameraden und Genossen ein: ob sie etwa glaubten, dass er, ein alter Gewerkschaftler und Parteigenosse, sich um neue Muster zu bewerben brauche. Es esse ihn schon an, hier immer stundenlange Kleiderordnungsdebatten über sich ergehen lassen zu müssen, wo doch die Zeit so kostbar sei, sie sollten sich rubig einen anderen suchen und ihn ungestört lassen. Dieser Ton wirkt. Mäuschenstill wird es unten im Saal, keiner hat noch den Mut, einen Gegenvorschlag zu machen und bald kront der neue Herr auf dem Präsidentenstuhl.

Dieser Vorgang ist typisch. Er wiederholt sich fast jedesmal, wenn ein bestimmter Vorschlag gemacht wird, der den Verhandlungen eine bestimmte Richtung geben soll. Man soll, meint der Vorsitzende, statt hier „Kleiderordnungskomitee“ zu treiben, zunächst einmal seine Ausmerksamkeit den blutigen Ereignissen des letzten Freitag wenden. Erregter Widerstreit aus der Versammlung, die anscheinend befürchtet, dass ihre Tagesordnung darüber zu kurz kommen könnte. Aber der Vorsitzende triumphiert entschieden auf, und es geschieht, was er richtig weiß. Man muss sagen, die Leute sind sehr rasch zu beobachten, sind leicht zu behandeln. Ist es die Ungehorsamkeit in parlamentarischen Sitten und Gebräuchen, ist es das Vertrauen zu ihren selbstgewählten Führern — in jedem Falle, es ist mit ihnen fertig zu werden.

Bu den Führern, denen sie gern folgen, gehört der bekannte Reichstagabgeordnete Kohl-Neuk. Wie das lebendige Gewissen des Soldatenrats von Groß-Berlin sitzt er immer oben zur Seite des Rednerpultes, eine Stute unterhalb des Präsidentenstuhls, jeden Augenblick bereit, dem Vorsitzenden mit Rat und Tat beizutragen, die Bogen der Erregung zu glätten, zu vermitteln, praktische Hinweise zu geben, die aus verfahrener Situationen herausführen sollen. Mit seinem überaus angenehm klängenden Organ weiß er die Versammlung stets zu fesseln, er spricht ruhig und überzeugend, ist alles andere eher, nur sein blinder Hayatler und macht so sehr den Eindruck eines absolut ehrlichen Mannes, dass die Versammlung sich ihm willig hingibt, offenbar von dem Bewusstsein geleitet, auf diese Weise am sichersten vor Verwegen bewahrt zu bleiben. Diesmal spricht er über die Schuld an dem Blutvergießen im Norden der Stadt. Er hat keinen Zweifel, dass hier konterrevolutionäre Leute ihre Hände im Spiel gehabt haben, aber das Ebert und Scheidemann, wie die Spartakusgemeinde stell und sehr behauptet, hinter dem Anschlag stecken, das bestreitet er mit allergrößter Entschiedenheit. Die sogenannte Verhaftung des Vollsitzrates habe keines seiner Mitglieder auch nur einen Augenblick tragisch genommen, danach gab die ganze Geschichte nicht aus. Man habe sich mit den Soldaten, die zu diesem Zweck ins Abgeordnetenhaus gekommen waren, ganz nett und kammerhaftlich unterhalten und den Irrtum ja auch sehr bald vollkommen aufgeklärt. Regierung und Vollsitzrat seien nach wie vor entschlossen, im vollen Einvernehmen miteinander weiterzuarbeiten, um Ruhe und Ordnung im Lande zu sichern, und die Versammlung könne nichts besseres tun, als sie in diesem Vorhaben nach Kräften zu unterstützen.

Das gefällt den Leuten, und alles fühlt sich in behaglicher Stimmung. Aber ohne Sensationen soll es doch auch diesmal nicht abgehen. Ein Delegierter aus Potsdam berichtet — immer noch „außerhalb der Tagesordnung“ — über verdächtige Truppenansammlungen im Grünwald, über Regimenter, die frisch von der Front zurückgekehrt, immer noch „fest in der Hand ihrer Führer“ sind und offenbar vor den Toren Berlins der Dinge horren, die kommen sollen. Nun wird es ununter im Saal. Die Heißblütigsten stürzen sich in ihre Mantel und jagen davon — man glaubt Säbel raschen und Sporen klirren zu hören. „Kameraden“, ruft der Vorsitzende, „wir haben hier nichts mehr zu suchen heute. Zurück zu euren Truppenteilen, jeder Mann auf seinen Posten.“ Aber die Sogung zieht nicht, merkwürdigerweise. Die Delegierten scheinen sich darauf zu bestimmen, doch sie ähnlichen Alarmrufen schon wiederholten — nun sagen wir einmal: aufgesessen sind, wie man sich im Österreichischen ausdrücken pflegt. Diesmal bewahren sie die Ruhe und bewahren dabei, das weiter verhandelt wird. Anwischen kann Herr Eoden zum Reichsstaatsrat gehen und sich erkundigen, was an den „Gerüchten“ Wahres ist. Alle Sichtung vor so viel gelindem Misstrauen, bekanntlich der größten aller demokratischen Zugenden.

Also wird weiterverhandelt, und endlich kommen die „Kleinigkeiten“ an die Reihe, die dem Vorsitzenden, wie es scheint, durchaus zuwider sind. Aber er muss in den sauren Apfel beißen, die Soldaten wollen nun einmal nicht unverrichteter Sache nach Hause gehen. Das ist gar kein süßes Anzeichen für ihren Verlust, wenn es sein muss, auch mal „Reichstagssabotage“ zu spielen. Aber für immer!

Republikanische Soldatenwehr.

Die Truppenansammlungen vor der Hauptstadt.

Berlin, 9. Dezember.

Die vom Kriegsministerium verfügte Ausstellung eines republikanischen Soldatenhefts von 10 000 Mann für Berlin ist lediglich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bestimmt.

Die Zusammenfassung größerer Verbände von Fronttruppen bei Potsdam sollte zu dem Gericht Beratung gegeben, doch dies zu gegenrevolutionären Zwecken geschehen sei. Diese Versäume haben sich als gegenstandslos erwiesen. Es handelt sich lediglich um Gardetruppen, die morgen ihren feierlichen Einzug in die Hauptstadt halten werden, darunter auch Bataillone, die aus Angehörigen aller Heeresstufen zusammengesetzt sind. Der heutige Tag verlief in Berlin in vollster Ruhe, ernsthafte Streitigkeiten finden nirgendwo statt, der Verkehr rollt sich glatt ab.

Neuregelung der Disziplinarstrafen.

Der Stadtkommandant von Berlin, Wels, hat eine Neuordnung der Disziplinarstrafenordnung entworfen. Er schlägt vor, dass die Mannschaften in geheimer Wahl einen dreigleisigen Ausschuss als Disziplinararbeitsausschuss wählen und gleichzeitig drei Stellvertreter. Dieser Ausschuss wählt seinen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Als Disziplinarstrafen wurden vorgeschlagen: 1. Geldstrafen bis zu 5 Mark, 2. Katernengrest bis zu 7 Tagen, 3. Stubenarrest bis zu 5 Tagen, 4. gelinder Arrest bis zu 3 Tagen und 5. strenger Arrest bis zu 2 Tagen. Jeder einzelne Mann muss vor der Bestrafung verhört werden: es können Zeugen für und gegen den Beschuldigten vernommen werden.

Minister Hirsch über Rheinland-Westfalen.
Angebote feindlicher Kapitalisten.

Berlin, 9. Dezember.

Der preußische Minister des Innern Hirsch hat sich erneut über die Verteilungsbemühungen in Rheinland und Westfalen ausgesprochen, in denen er eine schwere Gefahr erblickt. Sie würden einmal aus der Unbedecktheit Berlins und des früheren Preußen entstanden, weiter durch klerikale Umtriebe, die aus dem Munde entstanden seien, die Trennung von Staat und Kirche für diese Länder zu verhindern; sie würden ferner durch die rheinisch-westfälische Industrie unterstützt, die mit den lothringischen Erzgruben geschäftlich eng verbunden sei, und die Hauptstadt sei die Hoffnung, durch eine Anlehnung an Frankreich von den schweren Friedensbedingungen befreit zu werden. Der Minister verfasst einige amtliche und private Mitteilungen aus jenen Gebieten, in denen zum Ausdruck kommt, dass nur die Nationalversammlung die französische Propaganda hindern könne, die bereits etwa die Hälfte der Bevölkerung gewonnen habe. Auch hätten sich bereits englische und amerikanische Kapitalisten zur Unterstützung der Betriebe bereit erklärt. Es sei eben bei den hohen Lohnforderungen der Arbeiter unmöglich, zu produzieren. Diese durch die unvernünftige Lohnpolitik der Munitionsfabriken geschaffene Lage werde dahin führen, dass mit bald der Weltmarkt wieder für uns geöffnet ist, nicht konkurrieren können, und dass dann unsere Arbeiter gezwungen sein werden, auszuwandern, um als verachtete Slaven ihr Brot zu verdienen.

Ein Appell an das Westgewissen.
Dernburg über die Lage.

Berlin, 9. Dezember.

Der ehemalige Staatssekretär Dernburg beschreibt sich in beachtenswerten Auslassungen mit der politischen Lage im Innern und zu unseren Gegnern. Er sagt u. a.:

Die künftlichen Ideologen im Westen und Süden werden von der Belehrung der Geschädigten nicht verschont bleiben. Im brennenden Hause zaubern sich Minoritäten um die Herrschaft. An drei Wochen haben wir entweder

die Konstituante oder die Feinde in Berlin. Die Volksmehrheit ist bereit, mit der Regierung durch dick und dünn zu gehen, im Interesse der Ordnung. Trotzdem zieht die Regierung die Waffen hin, die Schuldenwirtschaft geht weiter, die Dinge treiben dem Chaos zu.

In bezug auf unsere Feinde erzielt Dernburg, dass wir das Westgewissen gegenüber ihren Machenschaften anrufen. Menschenwürdige Strafen zu verlangen, schadet auch den Staaten. Die sittlichen Ideale haben uns auch nach Tilsit wieder erhoben. Die bürgerliche Erneuerung Deutschlands muss erwiesen werden durch die Ausrichtung eines neuen sozial und demokratisch gerichteten Reiches. Schulde sind alle Völker durch ihre Geheimdiplomatie, ihren Militarismus und Kavalierismus, ihre Ländereien geworden. Im übrigen sei der Gewaltfriede unvereinbar mit den 14 Punkten Wilsons.

Poincaré in Elsaß-Lothringen.

Keine Volksabstimmung nötig.

Wies, 9. Dezember.

Präsident Poincaré ist in Begleitung von Clemenceau, der übrigen Minister und zahlreicher Abgeordneter hier eingetroffen und wurde von Koch und den königlichen Spionen empfangen. Im Rathause begrüßte ihn der Bürgermeister mit einer Rede, in der er u. a. ausführte, dass von Deutschland geforderte Plebisit sei bereits erfolgt durch den den französischen Truppen bereiteten Empfang. In der Kathedrale wurde der Präsident vom Generalvikar empfangen. Von Wies fuhr Poincaré nach Straßburg.

Erfolg deutscher Repressalien.

Bu der gebässigen Art, in der die Deutschen von der französischen Behörde aus Elsaß-Lothringen ausgetrieben wurden, bat die deutsche Regierung mit Nachdruck Stellung genommen. Sie bat in Paris mitteilen lassen, dass, wenn die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen im bisherigen Maßstab fortdauern sollten, deutscherseits die Ausweisung sämtlicher Elsaß-Lothringen aus Deutschland erwogen werden müsse. Darauf ist französischerseits angeordnet worden, dass die Ausweisungen fortan nur noch aus politischen Gründen und nicht mehr auf Grund namentloser Angelegenheiten erfolgen sollen.

Die Vorbereiten zum Frieden.

Aus der Vorgeschichte des Krieges.

Der frühere englische Kriegsminister Haldane gibt interessante Daten zur Vorgeschichte des Krieges und weist darauf hin, dass England am 3. August 1914 um 11 Uhr mobilisiert habe, also 36 Stunden vor der Kriegserklärung. „Die Mobilisation“, sagt Haldane weiter, „war keine Kriegserklärung. Wir konnten auch im Frieden mobilisieren, um bereit zu sein. In den wenigen Stunden nach der Kriegserklärung war mit Hilfe der Flotte das Expeditionskorps über den Kanal, bevor jemand etwas wusste. Das Detachement erreichte den Konzentrationsplatz innerhalb 9 Tagen.“

England und die allgemeine Ausrüstung.

Hast zur gleichen Zeit, wo Churchill die Erklärung abgab, dass England sich niemals eine Beschränkung seiner Rüstungen gefallen lassen werde, ist ein drahtloses Telegramm vom Dampfer „George Washington“ eingetroffen, auf dem sich Wilson befindet. Dieses Telegramm besagt, dass der Präsident vorschlagen wird, jeder bewaffneten Herrschaft einer einzelnen Nation ein Ende zu machen. Die meisten verständigen Amerikaner sind der Ansicht, dass damit kein aussichtsloses Dilemma entstanden ist. Über eine kleine Gruppe in Amerika befindet und spricht in dem Sinne, dass Englands Weigerung, seine Seeherrschaft aufzugeben, ein Beweis von großer Annahme ist. Von anderer Seite wird nochmals nachdrücklich auf den Umstand hingewiesen, dass Amerika niemals dem Bündnisvertrag der Entente beigetreten sei, sich vielmehr freie Hand vorbehalten habe.

Maßnahmen zur Verpflanzung Deutschlands.

Nach Meldungen, die über die Schweiz kommen, wird in Paris die Verpflanzung Deutschlands, die seit einiger Zeit wieder zurückgestellt war, jetzt wieder aufgenommen. Die Frage wird jetzt seitens der Entente selbst als dringlich bezeichnet. Der amerikanische Kommissar für diese Angelegenheit hat erneut schräge Besprechungen mit den französischen und englischen Ernährungsministern in London angelegt. Man darf der Erwartung Ausdruck geben, dass nunmehr die Blöde mit Beschleunigung aufgebogen wird.

Zur Reise Wilsons nach Europa.

Amsterdam, 10. Dez. Einige Stunden vor der Abreise Wilsons von New York wurde vom Dampfer „George Washington“ folgendes Telegramm dem Korrespondenten der „United Press“ durchlossen: Der Präsident begibt sich nach Europa, um die Ideale der Amerikaner zu vertreten und für seine 14 Punkte zu kämpfen. Auf der Friedenskonferenz wird der Präsident auf der Freiheit der Meere und der allgemeinen Abrüstung bestehen. Auf das dreijährige Flottenprogramm der Ver. Staaten gestützt, beobachtigt er angkündigen, dass kein Volk der Erde die Vorherrschaft auf dem Meere haben soll und darf und dass wenn andere Völker ihr Flottenprogramm nicht einschränken, sie sich dem der Ver. Staaten unterstellen müssten. Präsident Wilson geht von der Ansicht aus, dass die Meere der ganzen Welt bemächtigt werden müssen. Diese Vorherrschaft, die selbstverständlich nicht ohne Zustimmung des Präsidenten abgeschafft werden könnte, erregte in den Ver. Staaten sowie in England ungewöhnliches Aufsehen. Roosevelt sieht sich dadurch zu noch

festigerer Propaganda gegen die „Freiheit der Meere“ und die 14 Punkte Wilsons veranlaßt. Er betonte, daß die 14 Punkte in Wirklichkeit weder von dem amerikanischen Volke noch von der Entente angenommen seien und daß England einen Anspruch darauf habe, die größte Flotte der Welt zu besitzen. Amerika müßte sich mit der zweiten Flotte begnügen. Ebenso werde es nicht beanspruchen können, eine ebenso große Armee zu unterhalten, wie Frankreich.

Genf, 10. Dez. Unmittelbar nach Wilsons Ankunft in Paris soll die Frage der Errichtung einer aus Entente-Truppen bestehenden Besatzungsabteilung in Berlin und Umgebung zur Klärung gelangen. „New York Herald“ hält diese Entscheidung für sicher und glaubt, daß die Besetzung bis zur Unterzeichnung des Weltfriedens dauern wird. Wilson äußerte während der Überfahrt gegenüber dem französischen Botschafter in Washington: Ich werde in Paris bemüht sein, meine Haltung mit den 14 Punkten in Einklang zu bringen. Diese Anerkennung bekräftigt in Paris die Meinung, daß wesentliche Aenderungen durch Clemenceau und Lloyd George kaum zu erwarten seien. Wegen der stürmischen Überfahrt kann der Dampfer „George Washington“ erst übermorgen die Azoren passieren. Am 15. Januar beginnt die Konferenz über den Präliminarfrieden mit Zulassung deutscher Vertreter.

Todesurteil über Wilhelm II.

Wie man in Frankreich wissen will, soll sich die deutsche Regierung mit der Auslieferung Wilhelms II. und des Kronprinzen einverstanden erklären haben, was von der Berliner Regierung übrigens in Abrede gestellt wird.

Im Pariser Justizpalast erklärt man ferner, daß die englische Justiz den Vorrang zur Verurteilung des Kaisers fordere, da dieser im Königreich Großbritannien infolge der Revolutionsangriffe zweimal wegen Mordes zum Tode verurteilt sei.

Asquith erklärt, die Alliierten hätten ihre Ansicht dahin kundgegeben, daß frühere Haupt der deutschen Regierung in Anklagestand zu versetzen und vor ein internationales Gericht zu stellen, dessen Zusammensetzung noch nicht feststeht. — In der dänischen Presse kommen vorwiegend Stimmen zum Verteilung, die sich entschieden gegen die von den Alliierten geplante Bestrafung des Kaisers aussprechen.

Verschiedene Meldungen.

Brüssel, 9. Dez. Die belgischen Abgeordneten zur Friedenskonferenz sind: Emil Vandervelde, Justizminister, Ovens, Minister des Äußern und der belgische Gesandte beim Bataillon Hans von Heusel.

Paris, 9. Dez. Unterstaatssekretär Deschamps kündigte an, vor Ablauf von vierzehn Tagen werde eine rasche Demobilisation der letzten Abzüge beginnen. Auch die allgemeine Demobilisation werde in einem nahen Zeitpunkte ihren Anfang nehmen.

Washington, 9. Dez. Die revidierte amerikanische Verlustliste ergibt folgende Daten: gefallen 28368, vermisst 14290, verwundet 18985, an Wunden gestorben 12101, sonst gestorben 1804.

London, 9. Dez. Die Übergabe der in den Wasserschlankabdingungen vorgesehenen 2000 deutschen Flugzeuge wurde letzte Woche fortgesetzt. Man erwartet, daß die Alliierten bald im Besitz der vollen Anzahl sein werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Nunmehr ist endlich eine Übereinkunft betreffend den Güterverkehr nach Schweden zwischen der schwedischen Eisenbahndirektion und der beteiligten Ententekommission in Stockholm ausgestanden. Nach dieser Übereinkunft werden von Deutschland nach Schweden bestimmte Waren, hauptsächlich Rohstoffe, befördert, während Ausfuhrgenehmigungen für diejenigen Waren, welche in Trelleborg ankommen, um nach Deutschland befördert zu werden, jeden Tag ausgegeben werden.

• Aber die Wissensschrift in der Beamtenschaft ließ sich der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus in einer Versammlung der Staats- und Gemeindebeamten Groß-Berlin näher aus und wandte sich gegen den Geist des Misstrauens und des Hasses, von dem die pflichttreu auf dem Posten gebliebene deutsche Beamtenschaft in Stadt und Staat von den ihr beigeordneten oder vorgefeierten Machthabern verfolgt und beargwöhnt werde. Sie, die neue sozialistische Volksregierung, die doch einen Fortschritt gegen das alte System bedeuten sollte, kontrolliere alle

in Grund und Boden. Redner befürchtet, daß man die Beamtenschaft eines Tages überhaupt aus dem Dienst entlassen werde.

• Der beste Beweis für die gefährliche Lebensmittelknappheit in Deutschland ist der, daß, wie aus Norwegen gemeldet wird, alle neutralen Gesandtschaften ihren Landsleuten eindringlich angeraten haben, sobald als möglich Deutschland zu verlassen und in die Heimat zurückzukehren, um der drohenden Hungersnot zu entgehen. Die Verschlechterung der Ernährungsmöglichkeiten in Deutschland wird hauptsächlich auf die Wasserschlankabdingungen zurückzuführen.

• Die Zahl der Toten und Verwundeten in Berlin bei dem Zusammenstoß am Freitag vorheriger Woche beläuft sich nach den bisherigen Feststellungen auf 15 Tote und 81 Schwerverwundete. Ob damit die Zahl der Opfer erschöpft ist, steht noch aus, da vielleicht zahlreiche Verletzte verdeckt haben.

• Für eine öffentliche Brandmarkung der Deserteure hat sich der Soldatenrat in Riga ausgesprochen. Dieser Soldatenrat erklärt: Der Centralsoldatenrat der 8. Armee Riga meldet alle Deserteure und Soldaten, die eigenmächtig den Osten verlassen, dem Vertreter bei der Regierung, damit die Namen in den Heimatzeitungen veröffentlicht und die Leute mit dem Brandmal der Feigheit und Vertraterie versehen werden. Von den Arbeitsnachweistellen sollen solche Lumpen als unwürdig ausgeschlossen werden.

• Das Kriegsministerium hat strenge Maßregeln gegen die Verschlechterung von Heeresgut erlassen. Alle Kommandoböhrden und ASR werden dringend erachtet, diesem unerwünschten Verlauf mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die unberichtigten Verkäufer und Käufer von Staats-eigentum seien sich schwerster Bestrafung aus.

• Über die Verwendung der russischen Botschaftsgelder in Berlin, die der russische Botschafter Joffe verfüllt hat, gibt dieser selbst näheren Aufschluß in einem Telegramm, in dem er sagt, daß die Gelder dem jetzigen Minister Barth übergeben worden seien zum Anfang von Waffen. Es seien zudem nicht bloß 105 000 Mark, sondern mehrere hunderttausend Mark gewesen, die er an Barth geahnt hätte. Joffe schließt sein Telegramm mit den Worten: „Indem ich das feststellen möchte, rühme ich mich, durch diese meine Tätigkeit, die im Einverstandnis mit den unabhängigen Ministern Haase, Barth und anderen geschah, auch für meine Person zum Siege der deutschen Revolution nach Kräften mitgewirkt zu haben.“ Soweit das Mitglied der Reichsregierung Haase in Betracht kommt, erklärt dieser die Angaben Joffes für falsch.

• Die Wiener Behauptung von der Behinderung von Ausfuhren nach Deutsch-Oesterreich durch die bayerische Regierung ist nicht zutreffend, wie letztere erklärt: Weder eine solche noch eine ähnliche Summung ist jemals an die Adresse der bayerischen Regierung gelangt und würde von ihr auch nicht angenommen werden. Die weitere Behauptung, daß Kohlendörfer, die für Deutsch-Oesterreich bestimmt waren, in München und Lindau beschlagnahmt worden seien, trifft, soweit es sich um München handelt, nicht zu.

Schweden.

• Die Regierung hat den Abbruch der Beziehungen zu Russland angeordnet, da die Sowjetregierung das ihren Vertretern zugestandene Recht, Kurire abzuladen, missbraucht, indem sie bolschewistische Propagandaliteratur in verschiedenen Sprachen zur Verbreitung in verschiedenen Ländern befördert. Die russischen Vertreter sollen Schweden sofort verlassen.

Amerika.

• Wie wenig man ernsthaft an ein Übrüsten denkt, zeigt die Flottenverstärkung der Vereinigten Staaten. Der Marineminister Daniels erklärt nämlich in seinem Jahresbericht, er hoffe zwar, daß die Zeit des Weltkriegs bald vorbei sein werde, empfehle aber doch die Durchführung des angekündigten Programms. Im letzten Jahre wurde die amerikanische Marine um 2 Schlachtschiffe, 88 Zerstörer, 28 U-Boote, 355 U-Bootjäger und 18 Minensucher vermehrt. Gegenwärtig stehen 406 Schiffe im Dienst.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 9. Dez. Das Rücktrittsgesuch des spanischen Botschafters, Vito de Barnabe, ist von der Madrider Regierung genehmigt worden.

wenigstens das Empfinden. Aber endlich mußte sie doch zur Seite treten.

Die Leute zerstreuten sich nun, die Diener begaben sich auf ihre Posten, und Gräfin Gerlinde schritt wie selbstverständlich neben dem jungen Paar, als sei sie gewillt, es nicht allein zu lassen.

Aber da mußte sie erleben, daß die neue Herrin von Nürnberg ziemlich energisch die Initiative ergriß.

„Ich bin ein wenig müde, liebe Gerlinde, und es verlangt mich nach Ruhe; wir sind seit dem frühesten Morgen unterwegs. Du entschuldigst uns vorläufig. Sobald ich mich ein wenig in meinem neuen Reich umgesehen habe, werde ich mir erlauben, dir einen Besuch im Witwenhaus zu machen. Und dann wirst du uns recht oft das Vergnügen deines Besuches machen. Ich danke dir herzlich für dein Willkommen. Auf Wiedersehen also!“

Damit reichte sie ihr die Hand. Gräfin Gerlinde war verabschiedet, und es war ihr sofort klar gemacht worden, daß sie in Zukunft nur noch Gastrecht in diesen Räumen hatte.

„Das sollst du mir büßen! Nichts will ich dir vergessen, was ich um deinetwillen habe leiden müssen an Demütigungen und Schmerzen.“

Graf Rainer war im Grunde froh, daß Vosta Gerlinde jetzt verabschiedet, aber er war ein wenig verlegen, daß es so energisch geschah. Deshalb ergriß er zur Abschwächung Gerlindes Hand, führte sie an seine Lippen und sagte herzlich:

„Sobald wir restauriert sind, sehen wir uns. Wir freuen uns schon auf die abendlichen Plauderstündchen, wenn mich keine Geschäfte mehr abrufen. Also auf Wiedersehen, liebe Gerlinde!“

Diese vermochte zu lächeln, trotz des Großes in ihrem Herzen.

„Auf Wiedersehen! Muße dich gut aus, kleine Frau, du bist ein wenig blau und müde.“

Damit zog sie sich zurück.

Graf Rainer führte seine Frau in ihr Zimmer. Das Erste, was Vosta hier sah, war eine Fülle roter Rosen, die in Vasen und Jardiniere ihres Zimmers schmückten. Ein süßer Duft drang ihr entgegen. Sie atmerte tief auf.

Berlin, 9. Dez. Der Berliner Volkszugrat hat an die russische Regierung einen Befehl gerichtet, in dem er u. a. nochmals seine Freude über das angekündigte Erscheinen der russischen Delegation zur Tagung der deutschen ASR ausdrückt. Die Reichsregierung hat bekanntlich die Beziehung zur Sowjetregierung abgebrochen.

Stuttgart, 9. Dez. Auf der Tagung der Arbeiterräte Württembergs wurde ein Antrag auf Erörterung der Wabitermine für die Reichs- und Nationalversammlungen (womöglich in die erste Hälfte Januar) mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

München, 9. Dez. Die Regierung gibt bekannt, daß die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit bestimmten Truppen angewiesen wurden, erforderlichfalls von der Waffe Gebrauch zu machen.

Hamburg, 9. Dez. Auch hier will man einer Gegenrevolution auf die Spur kommen sein, die einen Rückfall in autoritärer Diktatur anstrebt.

Kiel, 9. Dez. Der oberste Soldatenrat der Ostsee-flottille gibt bekannt: Aus der Presse und anderen Mitteilungen ist ersichtlich, daß ehemalige Angehörige der Marine im Innlande in einer jeder Gestaltung holdersprechenden Weise auftreten. Die Kieler Matrosen sprechen diesen Elementen ihren tiefssten Abscheu aus.

Königsberg, 9. Dez. Wie aus Riga berichtet wird, ist der Abtransport des aus 150 000 Mann und 55 000 Pferden bestehenden Ostheeres mit großen Schwierigkeiten verbunden, da vor allem die nötigen Transportmittel fehlen.

Die englische Regierung für die Aufhebung der Dienstpflicht.

Reuter meldet: Amtlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Absicht zur Friedenskonferenz gehen wird, dort die Aufhebung der Militärdienstpflicht in ganz Europa vorschlagen. Hierdurch wird die kürzlich veröffentlichte private Mitteilung Churchills offiziell bestätigt. Der Entschluß der englischen Regierung kommt eine große principielle Bedeutung zu.

Eine Rede Lloyd Georges.

Reuter meldet aus London: Lloyd George hält auf einer Frauenversammlung in London eine Rede, in der er sagt, daß er vor 20 Jahren Anhänger des Frauenstimmrechtes war. Er sieht auseinander, daß der Krieg in Zukunft sehr schwierig, wenn nicht unmöglich gemacht werden müsse, deshalb müsse ein gerechter Friede kommen, der streng sei, aber ohne Rücksicht. Es darf keine Elsaß-Lothringische Frage mehr geben aus dem einfachen Grunde, daß, wenn die Alliierten den Schler Deutschlands wiederholten, sie in fünfzig Jahren dasselbe Los wie Deutschland erfahren würden. Diejenigen, die für den Krieg verantwortlich seien, müßten auch zur Verantwortung gezogen werden, umso mehr, je höher sie stehen. Könige, Kaiser und Kronprinzen müßten für alle Zeiten wissen, daß die Strafe für von ihnen verschuldetes Elend auch auf ihr eigenes Haupt komme. Das deutsche Volk, das mit vollem Enthusiasmus in den Krieg gezogen sei, müsse ebenfalls verantwortlich gemacht werden. Die Nationen müßten wissen, daß sie nicht mehr ungestraft einen Krieg beginnen können. Die großen Heere, die den Krieg heraufbeschworen, und die Regierungen zum Krieg treiben, dürfen in Zukunft nicht mehr geduldet werden. Wenn man in Frieden leben wolle, darf keine Dienstpflicht mehr in Europa sein. Deshalb sei auch Lloyd George ein Anhänger des Völkerbundes.

Vom Tage.

Schwere Bedingungen für Köln.

Köln, 10. Dez. Im Auftrage des Generals Ferguson sprach der Kommandant der britischen Militärpolizei mit dem Oberbürgermeister der Stadt Köln die der Stadt auferlegten Bedingungen, die sehr schwer sind und sehr hart in das Leben der Bevölkerung eingreifen werden. Sie enthalten die Gruppenpflicht gegen alle englischen Offiziere, den englischen Fahnen und der Nationalhymne. Ferner würden sie die Lähmung des gesamten Verkehrs vom frühen Abend bis morgens 7 Uhr bedeuten. Auch bringen sie große politische Beschränkungen. Der Oberbürgermeister sprach für eine Milderung der Bedingungen, die teilweise mit einer Stadt von der Größe Kölns unvereinbar und undurchführbar seien. Der Polizeigeneral erwiderte, daß die Bedingungen möglicherweise nach einer Zeit gemildert wür-

„Wer hat meine Zimmer so herrlich geschmückt, Vainer?“ fragte sie zu ihm aufsehend.

„Es geschah auf meinen Befehl, Vosta. Freut es dich ein wenig?“

Ein leises Rot stieg in ihr Gesicht.

„Sehr. Diese roten Rosen sind so herrlich; es sind dieselben, die du mir immer gesandt hast während unserer Verlobungszeit. Ich habe noch nie so viele und so wundervolle Rosen gesehen. Sind sie alle in Nürnberg gezogen, diese Rosen?“

„Ja, sie werden hier besonders sorgfältig gepflegt. Du weißt doch, daß diese roten Rosen eine besondere Bedeutung für unser Geschlecht haben?“

„Fragend sah sie ihn an.

„Nein — das weiß ich nicht. Welche Bedeutung haben sie?“ fragte sie hastig.

„Es ist dieselbe Rosenart, die du in unserem Wappen findest, dessen Bedeutung du ja kennst. Seit unserm Ahnherren diese drei Rosen auf das Bett gelegt wurden, sind diese roten Rosen Glückbringer für unser Geschlecht geworden. Und seither sind sie besonders in Nürnberg gepflegt worden.“

Vosta senkte das Köpfchen auf einen Strauß dieser Rosen herab. Deshalb also hatte Rainer ihr immer rote Rosen gesandt und jetzt ihre Zimmer damit schmücken lassen. — Freilich — was sollten sie auch sonst für eine Bedeutung haben! Sie hatte sich immer wieder fragen müssen:

„Weshalb sendet er mir die roten Rosen der Liebe, da er mich doch nicht liebt?“

Nun wußte sie, daß für ihn diese Rosen eine andere Bedeutung hatten. Ach, was hätte sie darum gegeben, wenn es nur Rosen der Liebe gewesen wären.

Rainer ahnte nicht, was in Vostas Köpfchen für Gedanken kreisten. Er hatte ihr rote Rosen geschenkt, weil er sie liebte. Aber das durfte er ihr nicht sagen.

„Wenn du dich umgekleidet hast, las mich rufen, Vosta. Ich will dich dann in deinem Reich herumführen,“ sagte er herzlich.

„Ich freue mich darauf!“ erwiderte sie freundlich.

Er lächelte ihre Stirn und zog sich zurück. Als er eine Stunde später bei ihr eintrat, fragte er:

„Du bist doch nicht zu müde? Sonst verschieben wir den Spaziergang durch das Schloß.“

ben, wenn sich die Bevölkerung ruhig verhalte. Die letzte Entscheidung werde General Ferguson treffen, der heute in Köln eintrifft.

Ein Lohnamt.

Der Vorsitzende des politischen Kabinetts in Preußen, Paul Hirsch, hat im Berliner Schriftstellerklub über die politische Lage gesprochen. Er teilte u. a. mit, daß die Regierung beabsichtige, ein Lohnamt zu gründen, etwa nach der Art des preußischen Wohnungskommissariats. Dieses Amt soll vor allem Ausklärung über die schädigenden Folgen überstrebener Lohnforderungen in den Reihen der Arbeiter verbreiten. Angesichts der schlechten Finanzlage in Preußen rechnet man anstelle der früheren größeren Überschüsse mit einem Fehlbetrag von 1½ Milliarden Mark. In nächster Zeit wird eine Erhöhung der Eisenbahntarife für die Personenbeförderung um mindestens 60 Prozent eintreten.

Kein Verhandeln des Verbandes mit den U.- und S.-Räten.

Wie die „Köln. Zeit.“ erfährt, bestätigt sich die Meldung, daß der Verband die Auflösung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte fordern wird. Die dahingehende Note des Verbandes steht unmittelbar bevor. Die bayrische Gesellschaft in der Schweiz hat bereits eine entsprechende Erklärung seitens der Verbandsvertreter erhalten. Der Verband lehnt nicht nur jede Verhandlung mit den U.- und S.-Räten ab, sondern auch jede mögliche Regelung mit der gegenwärtigen Regierung, die er als einseitige sozialistische Regierung nicht als legitimiert erachtet, um im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Den russischen Sowjetmitgliedern die Abreise nach Deutschland untersagt.

Berlin, 10. Dez. In der gestrigen, mehrere Stunden dauernden Kabinettssitzung wurde beschlossen, den Vertretern der russischen Sowjetrepublik, die an der Zentralversammlung der U.- und S.-Räte Deutschlands teilnehmen wollten, die Anreise zu untersagen.

Besiegereiung der Reichslande durch Frankreich.

Basel, 9. Dez. Wie die französischen Béteur melden wird die französische Regierung offiziell und durch einen feierlichen Akt von den beiden Provinzen Besitz ergreifen. Frankreich bestreitet offenbar, daß die französischen Ansprüche einer eingehenden Untersuchung, wie sie die Friedenskonferenz mit sich führen würde, nicht standhalten werden. Die Welt soll deshalb vor einer Falsche gestellt werden.

Amerikanische Lebensmittelkommission unterwegs.

Genf, 9. Dez. Aus New York wird gemeldet, mit Wilson habe sich eine Lebensmittelkommission eingeschifft, welche die Versorgung der Mittelmächte mit Lebensmitteln und Rohstoffen übernehmen soll.

Kein Diktatfriede.

Basel, 9. Dez. Nach Meldungen aus Amerika findet keine diktatorische Festlegung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten statt, sondern eine freie Ausprache. Die Voraussetzung hierfür aber ist, daß eine vom deutschen Volke beglaubigte Regierung vorhanden ist.

Abschaffung polnisch gesetzter A.M.R.

Hohenstaufen, 9. Dez. Der biesige Soldatenrat beschloß einstimmig die Absezung seiner beiden Vorherrschenden Burchard und Dr. Schröder, die durch ihre wenig vorländische, politisch orientierte Politik lebhafte Unzufriedenheit beim Deutschen erzeugt und bis zuletzt die Aufzehrung des so notwendigen Heimatshubes Ost mit allem Nachdruck betrieben hatten.

Kirche und Staat in Hamburg.

Hamburg, 9. Dez. Der A.M.R. beschloß, daß vom 1. Januar ab der Religionsunterricht in allen öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten des ehemaligen hamburgischen Staates fortfällt, auch Schulanbauten sollen unterbleiben. Es bleibt unbenommen, Religionsunterricht außerhalb der Schule erteilen zu lassen.

Liebnecht an allen Ecken.

Berlin, 9. Dez. Heute nachmittag wurde das Polizeipräsidium alarmiert, da Liebnecht mit einer Anzahl Anhänger in das Haus eingedrungen war und versuchte, die amtlichen Sicherheitsmauern durch seine Lente zu erschlagen. Der Versuch Liebnechts mißlief.

Ausschließungsverfahren gegen Lubendorff und Hassenhahn?

Haag, 9. Dez. „Daily Mail“ berichtet, die Militärtaten hätten das Ausschließungsverfahren gegen Lubendorff und Hassenhahn eingeleitet.

Sie schüttete lächelnd den Kopf.

„Möde bin ich gar nicht mehr, Rainer. Wirst du böse, daß ich Gerlinde entließ? Ich wollte gern mit dir allein sein, wenn du mich hier von meinem neuen Reiche Besitz ergreifen läßt. In Gerlindes Gegenwart hätte ich das Gefühl gehabt, als sei ich hier ein Einbringling. Sie ist mir auch noch so fremd. Ich bin in ihrer Gegenwart unsicher und besangen, zumal ich hier auf ungewohntem Boden stehe, wo ich erst Wurzeln schlagen muß.“

„Du mußt niemals fragen, ob ich dir böse bin, Rainer. Wie wird das geschehen. Du sollst immer nur tun, was dir Freude macht. Und wenn dich Gerlinde führt, hast du ein Recht sie zu entlassen.“

„Aber dir war sie nicht böse, du hättest vielleicht gern mit ihr geplaudert nach der langen Trennung. Du plauderst doch gern mit ihr, nicht wahr?“

„Gewiß, sehr gern. Und du wirst das auch noch lernen. Gerlinde ist eine der geistvollsten und amüsantesten Frauen, die ich kenne. Aber wenn ich dein Geschäft genießen soll, bedarf ich wahrlich keiner anderen.“

So sprachen sie zusammen. Und bei aller Freundschaft und Herzlichkeit merkte man doch heraus, daß sie sich beide bemühten, sich einander anzupassen. Weil sie sich gegenseitig ihr Innerstes verschlossen hielten, kam etwas Unreines in ihren Beziehungen. Und das fühlten sie beide mit großer Pein, ohne es hindern zu können.

Als Rainer seine junge Frau dann erst durch ihre und seine Zimmer führte, und dann durch die übrigen Räume, wurde sie lebhafter und ungewandter, wie immer, wenn das Persönliche ausgeschaltet. Sie war entzückt über die wunderbare Ausstattung des Schlosses. Ihre Zimmer stand sie einzigt schön. Sie wurde so lebhaft und froh, wie er sie seit der Verheiratung noch nicht gesehen hatte, und das beglückte ihn sehr. Seine Augen hingen voll Ergründer an ihrem leuchtenden Antlitz, und es machte ihm sichlich Freude, ihr alle Schätze zu zeigen, die das Schloss bar.

(Fortsetzung folgt.)

Tschechische Überfälle.

Wien, 9. Dez. Die Tschechen haben bisher 70 deutsche Orte besetzt. An der deutschen Grenze halten die Tschechen alle Eisenbahnlinien mit Gütern an. Sie verlangen von den deutschen Grenzbehörden Vorausbezahlung in deutscher Währung mit der Mahnabe, daß sonst die Waren zurückbleiben müßten.

Die Heimkehr der amerikanischen Truppen.

Basel, 9. Dez. Nach Washingtoner Meldungen werden im Dezember 175 000 Mann amerikanischer Truppen von Europa nach Amerika zurückgeführt. In jedem folgenden Monat werden 800 000 Mann die Heimat antreten.

Invasion amerikanischer Verlegerstätter.

Genf, 9. Dez. Aus New York ist ein Dampfer mit 500 amerikanischen Zeitungskorrespondenten abgegangen, die sich nach Paris zur Verlegerstätterung über die Friedensverhandlungen begeben.

Englisch-amerikanisches Bündnis.

Genf, 9. Dez. Bonar Law hält eine Rede, in der er sagt, er sehe voraus, daß das Ergebnis des Krieges ein längeres Bündnis zwischen England und Amerika sein werde.

Zur Verhaftung Tyssens.

Die in Mülheim (Ruhr) erfolgte Verhaftung von Thyssen und Stinnes und anderer rheinischer Großindustrieller durch den dortigen A.M.R. geschah wegen angeblichem Landesverrat, der darin erblieb, daß diese in Dortmund eine Versammlung abgehalten hätten, in der Thyssen gesagt hätte, man müsse unbedingt die Entente truppen ins Land rufen, um Ordnung zu schaffen. Die Verhafteten bestreiten, daß diese Versammlung überhaupt stattgefunden hat, sie wurden aber trotzdem nach Berlin gebracht, wo im Justizministerium über die Angelegenheit beraten wird. Dort ist man, wie verlautet, zu dem Ergebnis gelangt, der Verdacht sei unbegründet, so daß die Entlassung der Verhafteten bald erfolgen dürfte.

Vermögen und Schulden der Staaten.

Die Veränderungen im Kriege.

Die „Revue d'Économie politique“ (Paris) veröffentlicht eine von der englischen Filiale des Schweizer Bankvereins aufgestellte Tabelle des Nationalvermögens, der Einnahmen und Schulden der hauptsächlichsten Staaten der Welt, welche die Zeitschrift als zuverlässig betont. Wir entnehmen dieser Tabelle einige Zahlen, welche die größten der kriegsführenden Staaten betreffen und darum besonders interessieren dürften.

Nach den Schätzungen der letzten Friedenszeit stehen die Vereinigten Staaten mit einem Einkommen von 151 200 Millionen Frank an erster Stelle. Es folgen England mit 55 500 Millionen, Deutschland 54 000, Frankreich 41 600, Russland (europäisches) 35 300, Österreich-Ungarn 20 100 und Italien 15 120 Millionen Frank.

Das Nationalvermögen der Vereinigten Staaten wurde auf 946 000 Millionen Frank geschätzt. An zweiter Stelle stehen England und Deutschland mit je 378 000 Millionen. Es folgen Frankreich mit 302 900, Russland mit 216 000, Österreich-Ungarn 125 000 und Italien 88 000 Millionen Frank.

Die Schulden dieser sieben Staaten betragen:

	vor dem Kriege	noch dem Stand im Dezember 1917
England	17 880	189 500 Mill. Frank
Frankreich	39 163	118 440
Italien	14 580	45 700
Russland	24 220	146 200
Vereinigte Staaten	5 250	15 080
Deutschland	6 000	121 100
Österreich-Ungarn	12 340	88 000

Im Dezember 1917 entstehen Schulden auf den Kopf der Bevölkerung in England 2890 Franken, in Frankreich 2979, in Deutschland 1789, in Österreich 1765, in Italien 1285, Russland 871, Vereinigte Staaten 161 Franken.

Zweitgebende Schlüsse wird man aus diesen, an sich recht interessanten Zahlen nicht ziehen dürfen. Deutlich erfreut sich diese Statistik nur auf die Zeit bis Ende 1917 und nicht bis zum Kriegsende; sobald aber fällt auch sehr wesentlich ins Gewicht, ob die Schuldenlast einen siegenden oder einen unterliegenden Staat trifft, da der Sieger einen großen Teil seiner Lasten auf den Gegner abwälzen, diesen noch tiefer in die Schulden hineinbringen, sich selbst aber mindestens für eine lange Reihe von Jahren Erfolge zu sichern vermag, die das Volkswesentliche enorm steigern, dem Staat Kapitalien einbringen und schließlich die Lasten kaum noch fühlbar machen.

Industrie und Revolution.

Berlin, 9. Dez. Der Bund der Industriellen hatte am letzten Samstag seine Berliner Mitglieder im Savoy-Hotel versammelt. Nach einem Vortrage des Geschäftsführers Dr. Schneider wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die versammelten Berliner Mitglieder des Bundes der Industriellen treten ein für früheste Eiderufung der Nationalversammlung und fordern von der Regierung, daß sie regiert. Nur durch entschlossene Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit kann das deutsche Wirtschaftsleben noch in letzter Stunde vor dem drohenden Zusammenbruch bewahrt werden. Von den Söhnen der Arbeiterschaft, vor allem von den Vertretern der Gewerkschaften, wird erwartet, daß sie sich trotz der Schwere der Zeit als wirkliche Führer zeigen, daß sie sich nicht beiseite schließen lassen von bisher unorganisierten Fanatikern und jugendlichen Schreien, die durch unruhige Forderungen, durch Willkür und Anarchie jede Produktion unmöglich machen. Arbeiter und Industrielle haben das gleiche Interesse an dem raschen Wiederaufbau der Volkswirtschaft, an der Sicherung und Wiedererstärkung der deutschen Industrie. Verarmt durch den Krieg, kann Deutschland sich nicht jetzt die Durchführung sozialpolitischer Forderungen leisten, für die ihm selbst in der reichen Zeit vor dem Kriege die Mittel gesucht hätten. Ungeheure Arbeit erwartet uns! Unentbehrlich für den Wiederaufbau ist die leitende, verantwortliche Tätigkeit des deutschen Unternehmens, sein Wagnis, seine Entschlusskraft. Diese müssen sorgfältig gestellt werden gegen die Experimente der Sozialisierung.

Aus den Versuchen, die Einheit des Reichs zu lösen, droht dem deutschen Wirtschaftsleben eine weitere Gefahr. Alle Gebiete des Deutschen Reichs sind einander angewiesen. Wenn wir zurückkehren in die Zeit der Zersplitterung, wie sie von den Tagen des Zollvereins her einst mißhaft bestellt wurde, wird wirtschaftliche Ohnmacht dauernd unser Los. An alle deutschen Industriellen, so heißt es zum Schlusse, richten wir die Aufforderung zur regen und opferwilligen

Beteiligung am politischen Leben, besonders zur Mitarbeit bei den Wahlen zur Nationalversammlung. Jeder Industrielle, der wie bisher dem politischen Leben fern bleibt, ist mit schuld daran, wenn der deutschen Industrie der gebührende und notwendige politische Einfluß fehlt.

Russische „Sozialisierung“.

Was bis jetzt erreicht und nicht erreicht wurde.

Aus mehr als einem Grunde ist die Entwicklung des Dinges in Russland für uns außerst wesentlich. Einmal, weil die Einwirkung des Bolschewismus auf Politik und Wirtschaftsleben für uns ein Experiment darstellt, je nachdem, zur Beobachtung oder zur Warnung, und zweitens, weil Deutschland, kommt es, wie es will, auf Russlands Bodenwirtschaft und landwirtschaftliche Erzeugnisse angewiesen sein wird — letzteres vermutlich mehr als früher. Nun ist ja natürlich den grobästhetischen Betrachtungen, die selbstverständlich bolschewistisch schreiben müssen, nicht viel zu entnehmen, aber die Blätter der Ukraine, z. B. „Kievskaja Wozh“ und „Finansowy Journal“, geben unparteiische Ausschlüsse und sogar schlagende offizielle Statistiken.

Die „Sozialisierung“ der Betriebe ist in Russland schon recht vorgeschritten. Der Vorgang ist recht einfach. Ein Regierungsschrein erklärt diese oder jene Fabrik, diese oder jenes Bergwerk usw. zum Volks Eigentum, der bisherige Besitzer, die Allgemeinheit oder wie die Firma nun heißt, wird ohne Entschädigung enteignet. Meist (nicht immer) wird dann die alte Verwaltung abgesetzt und ein Fabrikoskomitee von Angestellten und Arbeitern gewählt, das dem Obersten Wirtschaftsrat in Moskau und den entsprechenden Centralstellen unterstellt ist. Solche Centralstellen sind: „Bentrometall“ für die Metallindustrie, „Bentrolofso“ für Lederindustrie, „Bentrosachar“ für Zucker, „Bentromoly“ für Seifenindustrie usw. In vielen Fällen hat man zu dem Mittel einer vorläufigen Beschlagnahme greifen, indem man das Unternehmen zwar als Nationalbesitz erklärt, die bisherigen Besitzer aber als Böhrer gewissermaßen weiterarbeiten läßt. In solchen Fällen ist praktisch eigentlich, bis der Staat endgültig angreift, nichts geändert, nur dürfen die Betriebe nicht mehr verkauft, aufgeteilt, belastet oder sonstwie wesentlich verändert werden. Die Unsicherheit der Lage, die Gefahr der Enteignung, Verhaftung und Erziehung hat in solchen Fällen freilich die Besitzer meist veranlaßt, recht bald das Weite zu suchen.

Durch ein Dekret sind nun durchgehends alle höheren Betriebe Russlands (außer der Raphtha-Industrie, den Versicherungsgesellschaften und einigen kleineren Zweigen) dieser Regelung theoretisch unterworfen. Nach amtlicher Statistik waren im September d. J. bereits 518 Industrieunternehmungen tatsächlich in sozialistische Verwaltung übernommen, die Hälfte davon sind Bergwerke, dann kommen chemische Betriebe, Unternehmungen der Nahrungsmittele-Industrie, Papierfabriken usw. Der Rest befindet sich im Übergangsstadium.

Und die Erfolge? Sie sind wahrhaft erschütternd. Überall ist der Ertrag außerordentlich zurückgegangen. Die Einnahmen bleiben hinter den Ausgaben zurück, obwohl die Fabriken mit Einrichtung und Rohstoffen ohne Staat übernommen wurden. Schon im ersten Vierteljahr dieses Jahres mußte der Staat 433 Millionen Rubel auszahlen, und jetzt werden diese Zusätze mindestens schon die Summe einer Milliarde erreicht haben. Der bekannte baltische Volkswirtschaftler Adolf o. Vogel sagt angesichts solcher Erfolge treffend: Die Moskauer Sowjet-Regierung hat aus der russischen Industrie eine Armenenanstalt gemacht, in der die Arbeiter verpflegt werden, ohne daß Einfüllung zu erwarten sind!

Freilich wirkt auch Mangel an Rohstoffen mit, aber die Leinenindustrie und die weitere Textilindustrie, der es an Rohstoffen durchaus nicht fehlt, leidet genau so. Wo sich noch privatwirtschaftliche Betriebe in Russland gehalten haben, stehen diese bedeutend günstiger. Und wenn teilweise in der Ukraine sich Mißstände zeigen, wie die Herstellung des geliebten Eisenbahnwagens, so find auch das Folgen der bolschewistischen Invasion, die gerade lange genug währt, um die Werke und Fabriken auf das empfindlichste zu schädigen. In manchen Beziehungen sind die Verhältnisse in Großrussland sogar günstiger als in der Ukraine — und trotzdem das klägliche Ergebnis.

Volkswirtschaft.

* Lebensmittelverordnungen des Bundesrats bleiben in Kraft. Auf eine von dem Reichsverband der Obst- und Gemüsehändler gestellte Anfrage, ob nach der Auflösung des Bundesrats die von diesem erlassenen Verordnungen noch Rechtsgültigkeit behalten, hat daß Reichs-Ernährungsamt folgenden Bescheid erteilt: Die Auflösung, daß die von den bisherigen Institutionen des Reiches erlassenen Befehle als nicht mehr zu Recht beziehend anzusehen seien, ist nicht zutreffend. Alle ordnungsmäßig erlassenen Befehle, Verordnungen und Verfügungen der früheren Gewaltbehörden bleiben vielmehr so lange in Kraft, bis sie ausdrücklich aufgehoben werden. Da das bezüglich der Verleihbefreiungen im Handel mit Lebensmitteln nicht geschehen ist, sind die Verordnungen also genau so verbindlich für alle Beteiligten wie bisher. Solange nicht eine wesentliche Veränderung der allgemeinen Verhältnisse eintreten, kann eine Änderung hierin auch nicht in Aussicht gestellt werden.

* Die Freigabe der Rheinschifffahrt ist jetzt wieder erfolgt. In Köln ist ein Kommissariat eingerichtet, das seinen Dienst bis in der Elbenabdriftung hat. Die Rheinschifffahrt untersteht der Kontrolle der in Köln eingetroffenen interalliierten Schiffsverwaltungskommission. Diese hat Unterabteilungen in Duisburg, Emmerich, Mannheim und Straßburg gebildet.

* Militäruniformen beliebig verwendbar. Nach einer Bekanntmachung der Reichswehrleitung ist das alleinige Recht der Kommunalverbände und anderer deutscher zugehöriger Stellen zum entgegengesetzten Erwerb von getragenen Uniformen aufgehoben. Die getragenen Uniformen dürfen von jetzt ab auch von Geschäftsmännern, insbesondere vom Militärbürohandel, gefälscht werden. Bei dem großen Mangel an Auszugsstücken und den hohen Preisen im freien Handel wird empfohlen, die im Bürobüro befindlichen Militärtücher zu bürgerlichen Kleidungsstücken umzuwandeln.

* Einschränkung des Papierverbrauchs für Zeitungen. Im Reichsgesetzblatt wird eine Verordnung über Druckpapiere veröffentlicht, die den Wochenumfang der Tageszeitungen unter Angabe der Seitenzahl und Erreichungsart einschränkt und die Zurücknahme und den Umtausch untersagt. Die Tageszeitungen der Zeitungen der

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 11. Dezember 1918.

* (Aus dem Rückzugsgebiet.) Der Rückzug unserer Heere ist beendet. Nur vereinzelte Nachhänger folgen den großen Massen durch das Rhein-Main-Gebiet gen Osten. Nun mehr sieht man, wie furchtbar die prachtvollen Straßen, die den Stolz unserer Wegeverwaltungen bildeten, unter dem Durchzug der gewaltigen Kolonnen gelitten haben. Bis auf den Unterbau ist der Straßendörper von den Kraftwagen zerstört und zerstört. Fußwege und Fahrwege zerstört in eine unbeschreibbar einzige Schlammasse, in der Hufschäften, Konservenbüchsen, zerbrochenes Wagengespann usw. in ungezählten Mengen zu finden sind. An den Wegrändern liegen zusammengebrochene Wagen, zerstörte Räder, hin und wieder ein totes Pferd, das den ungeheuren Anstrengungen der Straßen erlag. In zahllosen Fällen verhaupten die Truppen schadhafte gewordene Geräte, Fahrzeuge, erschöpft Tiere an die Dorfbewohner. Ungeheure Summen wird es kosten, bis die zerstörten Landstraßen wieder das glanzvolle Friedensbild von ehemalig zeigen.

* (Eigenartiges Hamsterversteck.) Als vor einigen Tagen in einem Kirchdorf am Main einige Kinder die Kirchenorgel reinigten, machte sich ein starker Tabakgeruch bemerkbar. Bei näherem Nachsehen fanden sie in den Tiefen der Orgel 4-5 Pfund besten Tabaks, Friedensware! Das war aber noch nicht alles. Das kirchliche Instrument barg ferner 80 Dosen Eingemachtes und zwei prachtvolle Schalen. Die Kinder erzählten natürlich davon im Dorfe. Als jedoch am nächsten Tage der A. und S. Rat die Orgelvorderen beschlagnahmen wollte, hatte der unbekannte Hamster seine Waren schon in Sicherheit gebracht.

Gießen. Von einem in der Bismarckstraße haltenden Wagen einer Kraftwagenkolonne wurde nachtschwarze eine einen Zentner schwere Geldkiste mit Rechnungen, Belegen und einem hohen Geldbetrag gestohlen.

Montabaur, 8. Dez. Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsgruppen richtete an die Bevölkerung des besetzten Gebietes eine Bekanntmachung, der wir folgendes entnehmen: Das Heer der Vereinigten Staaten von Amerika, in Verbindung mit den militärischen Behörden der alliierten Mächte wirkend, hat besetzt: ... im Bezirk Wiesbaden, Provinz Hessen-Nassau, die ganzen Kreise von St. Goarshausen, Unterlahn und Unterwesterwald, mit Ausnahme der Teile der drei letzten Kreise, die ferner als 30 Kilometer vom östlichen Ende der Koblenzer Rheinbrücke liegen. Das oben beschriebene Gebiet und seine Einwohner unterstehen den militärischen Verordnungen und der Autorität des amerikanischen Heeres. Diese Verordnungen sind ausdrücklich. Man verlangt einen unbedingten Gehorsam von allen. Diejenigen, die das Gesetz verbrechen, brauchen keine Angst zu haben. Das amerikanische Heer bezweckt keinen Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Alle, die sich gesetzmäßig und friedlich benehmen, und den Vorschriften der militärischen Behörden Folge leisten, können auf Schutz von Person, Haus, Gut und Glauben rechnen. Alle andern werden sofort mit Entschlossenheit und Strenge zur Rechenschaft gezogen. Das amerikanische Heer wird sich in seinem Verhalten streng an das Völkerrecht sowie an die von der zivilisierten Welt erkannten Kriegsgrundsätze und Gebräuche halten. Hierzu muss die Bevölkerung vermeiden, den amerikanischen Truppen durch Wort oder Tat Feindseligkeiten zu zeigen oder Hindernisse in den Weg zu legen. Die Bevölkerung hat jetzt die Pflicht, ihren Lebensbetrieb ordnungsmäßig fortzuführen, die normalen Zustände ihrer Schulen, Kirchen, Krankenhäuser und Wohltätigkeitsanstalten wiederherzustellen und ihr örtliches Volksleben wieder aufzunehmen. Darin wird sie nicht gehindert, sondern unterstützt und beschützt werden. Insofern ihre Haltung und ihr Verhalten es zulässt, werden die Gerichte, Amtsgerichte und Einrichtungen unter Aufsicht der militärischen Behörden weitergeführt und die jüngsten Gesetze und Vorschriften, insofern sie die Rechte und Sicherheit der amerikanischen Truppen nicht beeinträchtigen, werden ungefähr in Kraft bleiben. Sede Verlegung des Kriegsreiches, jede Feindseligkeit und jeder Gewalttätigkeitsversuch, sowie Ungehorsam gegen die Verordnung der militärischen Behörden wird strengstens bestraft.

Bad Nauheim. Das Gouvernement Mainz hat seinen Sitz nach hier verlegt.

Frankfurt a. M. Am Sonntag mittag kurz nach 11 Uhr drangen Soldaten in die von der Militärverwaltung gemieteten Lagerhäuser der Feilhandlung von Goldschmidt & Co. und plünderten die hier aufgestapelten Vorräte von Militärausrüstungsteilen. Aus allen Fenstern des freiliegenden Gebäudekomplexes flogen tausende und aber tausende von Mänteln, Stoffen, Hosen, Rucksäcken usw. auf die Straße und in die Höfe, wo sich eine von Minute zu Minute anschwellende riesige Menschenmenge ansammelte, die schließlich den Hof stürmte und sogar die Dächer eines Nachbarhauses besetzte. Tausend Hände griffen gierig nach den herabfallenden Gegenständen, und oft spielten sich erbitterte Rümpfe um den Besitz eines Mantels oder eines Paars Schuhe ab. Die Wachmannschaften des Magazins waren gegen die Menge machtlos und verhielten sich vor vorherhin sehr passiv. Sie erklärten, daß sie von ihrer Waffe keinen Gebrauch machen dürften. Gegen 12½ Uhr war die Plünderung vorüber.

Wiesbaden, 8. Dez. Zu Raub und Plünderungen kam es gestern abend im Hof des Kavalierhauses am Schloß. Im Laufe des Tages war dort die Ausgabe von Meldungsblättern und Schuh an die Heeresenklassen vorgenommen worden, auch sollte eine solche gegen Entgelt an andere Bedürftige stattfinden. Anfangs ging auch alles seinen ordnungsmäßigen Gang. Als schließlich aber die Ausgebote dem Riesenandrang nicht mehr gewachsen war und die Abfertigung zu lange dauerte, begann die Menge sich selbst mit den lagernden Vorräten zu versorgen. So arzte der Vorgang zu einem förmlichen Tumult aus, der seinen Höhepunkt erreichte, als die Menge einen im Hof stehenden Möbelwagen stürmte, der mit Liebesgaben des Roten Kreuzes, mit Zigaretten, kleinen Gebrauchsgegenständen aller Art, wie sie für die Soldaten gedacht waren, gefüllt war, und dessen Inhalt von der Menge völlig ausgeraubt wurde. Die Sicherheitsorgane waren völlig machtlos. Wie man mitteilt, war im Hof ein Maschinengewehr aufgefahren, um der Menge Furcht einzusparen, und es sollen auch einige Schüsse gefallen sein. Dass es aber zu einem Blutvergießen kam, wie Gerüchte wissen wollen, darüber ist nichts bestimmtes bekannt. Jedenfalls sieht soviel fest, daß die Macht des Arbeiterrats gegenüber

diesen bedauerlichen Ausschreitungen völlig versagt, und man könnte fast sagen, daß er eine gewisse Verantwortung an diesen Vorgängen trägt, da er der drohenden Gefahr nicht rechtzeitig durch Gegenmaßnahmen vorgebeugt hat. (W. Ztg.)

Wiesbaden. Auf Anordnung des A. und S. Rates wurden auf dem Schloßhof die politischen Akten der Polizeidirektion verbrannt. Ein Polizeibeamter machte dabei den Versuch, wenigstens die über die diesigen Anarchisten geführten Geheimakten zu retten, doch gelang es ihm nicht.

— An Stelle des vom A. und S. Rat abgesetzten Landrats v. Helmberg wurde Regierungsschreiber Dr. Schütt zum Landrat des Landkreises Wiesbaden gewählt.

Mainz, 9. Dez. Ein grauenhaftes Bild wider Erbitterung bietet gegenwärtig das von Plünderern ausgeraubte Korpsbekleidungsamt zu Mainz-Kostheim. Nachdem die zu Tausenden angekommenen Räuber alle Bekleidungsstücke, Wäscheartikel, Schuh- und Lederwaren restlos fortgeschleppt hatten, ging es an den gewerbsmäßigen Abbau des Gebäudes selbst. Nichts blieb mehr verschont. Geschäftsläden jeder Art holten noch heraus, was irgend zu gebrauchen war. Leider kamen bei der niedrigen Räuberzahl die in dem Bekleidungsamt wohnenden Beamten schwer zu Schaden. Ihre Wohnräume wurden ebenso ausgeraubt, wie die Lagerräume selbst. Der angerichtete Schaden beziffert sich auf viele Millionen.

Kassel. Dem Königlichen Hoftheater dahier wurde der Name „Staatliche Schauspiele“ beigelegt.

Wiesbaden, 9. Dez. Der Kreisfassenmeister Lindau in Osterburg wurde auf dem Wege zum Landratsamt ermordet und derbaut. Die Täter hatten es auf die Kastenschlüssel der Kreispolizei abgesehen. Da der Hausschlüssel sich aber nicht bei dem Ermordeten befand, gelang es ihnen nicht, an die Kasse heranzukommen.

Braunschweig, 9. Dez. Auf dem biegsigen Flugplatz brannte eine Flugzeugsäule nieder, wobei 15 Flugzeuge den Flammen zum Opfer fielen.

Gera, 9. Dez. Beim Bahnhof Meiningen-Volke stieß der Schnellzug nach Orleans mit einem Güterzug zusammen. 10 Personen wurden getötet, 25 schwer verletzt.

□ Die Vergessenen. Noch vor wenigen Monaten, als unsere Truppen von Sieg zu Sieg marschierten und ein endloser Regen von Orden und Ehrenzeichen auf Militärs und Zivilpersonen herunterstürzte, war es ein Sport vornehmter Damen, die Krankenäste der Lazarettzüge zu stürmen und ihre reichen Gaben — Blumen, Schokolade, Unterhaltungsspiele, Früchte, Zigarren und Zigaretten — über die Verwundeten und Kranken auszuschütten. Schauspieler und Sänger, ja sogar Männer- und Frauenchor der Gesangsvereine, besuchten die Krankenäste, um die Kranken und Verwundeten zu ermuntern, sie durch die Teilnahme an ihrem Schicksal zu trösten. Das ist jetzt überwunden wie die Mode von gestern — man spricht nicht mehr davon. „Heute kommt niemand mehr“, sagen die Krankenschwestern, und während man den heimkehrenden Truppen Triumphspforten baut, denkt niemand der Unglückslichen in den Lazaretten. Branden denn die Verwundeten, die Kranken der letzten Kriegsjahre weniger Zuspruch und Ermunterung wie die ersten? Diese armen Jungen sind doch ebenso durstig nach einer erquickenden Frucht, einem freundlichen Wort. Sind sie unseres Landes nicht minder würdig, wie jene, die mit Blumen geschmückt und mit gesunden Gliedern befehlt? Wie viele haben im Kriege geschwelt, ohne der Brüder zu denken, die sich da brausen in Not und Kampf für das Vaterland opfernd? Wie viele haben 100 Mark für eine Gans, 800 Mark und mehr für einen Schinken bezahlt und alles behaglich selbst verzehrt, während die endlosen Lazarettszüge Tausende und wieder Tausende in die Krankenäste beförderten. Mit lauter Stimme hat die Revolution den Schlemmern und Brässern das Wort „Brüderlichkeit“ zugetragen, sie daran gemahnt, wie unsicher das Leben, wie schnell vergänglich jeder Besitz ist. Vielleicht erinnern sich die Wohlhabenden nun daran, daß die Pflege der Kranken und Verwundeten nicht nur eine reizende Mode gewesen, sondern auch jetzt noch eine ernste Pflicht ist.

○ Eine Verschwörung, die keine war. Im Hotel Bristol zu Berlin wurden in der Nacht zum Sonntag etwa 100 Personen verhaftet, weil man eine geheime Verbindung und auch Waffen im Hotel vermutete. Es stellte sich heraus, daß ein Referendar Sac, der ein Zimmer im Hotel innehatte, eine freiwillige Studentenwehr zur Unterstützung der Regierung Ebert-Daehre gegen bolschewistische Aufstösse gegründet hatte oder gründen wollte. Waffen waren im Hotel nicht vorhanden. Die Verhafteten wurden bis auf Sac als gänzlich unbeteiligt wieder freigelassen.

○ Standgericht in Spandau. Aufgabe der sich mehrenden Einbrüche und Plündерungen hat der Gerichtsausschuss des Spandauer Amts folgende Bekanntmachung erlassen: Personen, die beim Plündern oder bei Einbrüchen diebstählen gefangen werden, werden erschossen!

○ Schießerei und Plünderei in Mainz. In Mainz verübte ein Trupp Soldaten einen Sturm auf das Polizeidienstamt. Bei diesem Plünderei- und Einbruchversuch kam es zu einer Schießerei, bei der ein Soldat verwundet wurde. Der fiktive Feldwebel Beck, der ebenfalls beim Rauben angelöscht wurde, ist vom Sicherheitsposten erschossen worden. Am gleichen Tage wurde ein Polizeidienstmagazin im Zentralgüterbahnhof gestürmt und zum Teil geplündert.

○ Verpreßungsvorfall gegen Bethmann Hollweg. Gegen den früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wurde dieser Tage ein Verpreßungsvorfall verübt, der zur Verhaftung eines der Täter, eines Matrosen, geführt hat. Unter dem Vorwurf, daß gegen ihn ein Attentat geplant und zur Abwendung dieses Attentats Geld erforderlich sei, forderte eine Vereinigung zum Schutze hochgestellter Persönlichkeiten Herren v. Bethmann Hollweg auf, eine bestimmte Summe an eine angegebene Postadresse zu senden. Der verhaftete Ermittler wurde in das Wiesener Kriminalgerichtsgefängnis eingeliefert.

Bitte die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Anzeigen.

Zimmerer- u. Bauschreinerarbeiten

Treppen aller Art, sowie alle vork. Reparaturen fertigt schnell und gut

Karl Schorcht, Zimmermeister u. Bauunternehmer.

Christlich-soziale Partei.

Die

Ortsgruppe Herborn

lädt die Mitglieder und Freunde zu einer

Mitgliederversammlung

am Mittwoch, den 11. ds. Ms., abends 8½ Uhr im kleinen Saale des ev. Vereinshauses ein. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand.

— Donnerstag, den 12. ds. Ms., morgens 9 Uhr, werden in Herbornseelbach

2 Arbeitspferde

gegen Satz verkauft.

Herbornseelbach, den 10. Dezember 1918.

Der Bürgermeister.

Versteigerung von Militärfäden u.-Fahrzeuge.

Donnerstag, den 12. ds. Ms., findet zu Dillenburg, nachmittags 12 Uhr beginnend, eine Versteigerung von etwa

200 Militärfäden

bei der städtischen Volksschule, Wilhelmstraße und von

Militär-Fahrzeuge

auf der städtischen Herrenwiese statt. Zahlung von Kriegsanleihen zum Nominalwert gestattet.

General-Kommando des 8. Reserve-Korps.

Für Wiederverkäufer! Sofort greifbar!

1917er prima Rheinweine

in Fässern und Flaschen von ersten Weingütern des Rheins empfohlen

Franz Henrich, Dillenburg. Telefon Nr. 44.

Rübenschneider, Rübenmühlen

in verschiedenen Ausführungen empfohlen

J. W. Rinken, Sinn.

Tüchtige Holzfuhrleute

suchen

Gebrüder Cloos, Wetzlar.

Wegen Erkrankung des

lebigen, suche ich sofort ein

Mädchen,

welches schon gedient hat,

gegen hohen Lohn.

Franz Dr. C. Dönges, Dillenburg,

van Brandesstraße 9.

Ein

Dienstmädchen

gesucht.

Hauptstr. 8.

Junger Kaufmann,

der längere Zeit im Vaterländischen Hilfsdienst tätig war, sucht Stellung in dem Kontor eines Fabrikgeschäfts evtl. auf dem Lande bei freier Station.

Gest. Angebote unter M. 2097 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein

Puppenwagen

zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein

Vanillezucker Ia,

Kirschhornsatz,

Backpulver,

Backoblaten

empfohlen

Drogerie U. Doeindr. 100.